



Wien, am 15. Mai 2025

WWF-Bewertung des Doppelbudgets 2025 / 2026

Das geplante Doppelbudget enthält mehrere falsche Signale und ist insgesamt eine verpasste Chance. Das größte, geradezu fahrlässige Versäumnis aus Umweltsicht: Trotz der Budgetkrise schiebt die Bundesregierung den überfälligen Abbau umweltschädlicher Subventionen auf die lange Bank, kürzt aber beim Klimaschutz und investiert viel zu wenig in den Schutz der Biodiversität. Zugleich werden ordnungspolitische Ansätze in der Umweltpolitik vernachlässigt oder durch falsche Anreize konterkariert.

Bis zum Budgetbeschluss gibt es enormen Verbesserungsbedarf. Besonders dringend wäre die rasche Vorlage eines Reform- und Abbauplans für alle umweltschädlichen Subventionen. Laut WIFO liegt deren Volumen bei bis zu 5,7 Milliarden Euro pro Jahr, davon knapp 60 Prozent in rein nationaler Kompetenz. Ohne Trendwende würden somit von 2025 bis 2030 über 30 Milliarden Euro in Subventionen mit klimakontraproduktiver Wirkung fließen. Das tatsächliche Volumen dürfte aufgrund bislang fehlender Länder-Daten und Bereiche weit höher liegen. Daher wäre eine grundlegende Ökologisierung überfällig. Vor diesem Hintergrund erscheint es höchst fragwürdig, dass die Bundesregierung zwei Subventionen mit kontraproduktiver Wirkung sogar noch ausweiten will, konkret die Verdreifachung des so genannten Pendlereuros sowie das Streichen der Normverbrauchsabgabe (NoVA) für Klein-Lkw mit Verbrennungsmotor. Zugleich verteuert die Politik das attraktive Klimaticket deutlich über der Inflationsrate und müssen die ÖBB wichtige Schienenprojekte aus finanziellen Gründen um mehrere Jahre verschieben. Im Gegenzug will der für die ASFINAG zuständige Infrastrukturminister milliardenschwere Straßenbauprojekte wie die Lobau-Autobahn in Wien oder die S18 in Vorarlberg durchboxen, folgt man seinen bisherigen Aussagen. Das ist ein besonders auffälliges Beispiel für falsche Prioritäten. Ein Schritt in die richtige Richtung ist nur die geplante Umwidmungsabgabe, deren Einnahmen jedoch für Bodenschutz- und Renaturierungsmaßnahmen zweckgewidmet werden sollten, anstatt im allgemeinen Budget zu versickern.

In der Gesamtbetrachtung belasten die vielen falschen Anreize und fehlenden Reformen nicht nur das Budget, sondern erschweren auch das Erreichen der Klima- und Umweltziele der Republik. Dadurch drohen mittel- und langfristig hohe Mehrkosten (zum Beispiel durch Ausgleichszahlungen für das Verfehlen der EU-Klimaziele 2030), die in Österreich weit besser angelegt werden könnten. Darüber hinaus gibt es laut wissenschaftlichen Studien hohe Kosten des Nicht-Handelns im Klima- und Umweltschutz, Tendenz stark steigend.

Naturbasierte Lösungen verstärken

Auf Basis der längst überfälligen Strukturreformen sollte die Bundesregierung in Zukunft deutlich mehr Geld in den Schutz der Biodiversität investieren – zum Vorteil der Natur, der Gesundheit, der Sicherheit und der Lebensqualität in Österreich. Das beste Beispiel ist die EU-Renaturierungsverordnung, das wichtigste Naturschutzgesetz seit Jahrzehnten. Eine ambitionierte Umsetzung zahlt sich mittel- und langfristig mehrfach aus, erfordert aber eine solide Planung mit einer ausreichenden Finanzierung durch den Bund, die Länder und die Europäische Union. Damit verbunden sollte die Bundesregierung zum Beispiel die Mittel für die ökologische Gewässersanierung und den Biodiversitätsfonds des Bundes substanzell erhöhen. Gerade angesichts der weiter eskalierenden Klima- und Biodiversitätskrise braucht es in Zukunft sehr viel mehr naturbasierte Lösungen und nicht weniger. Letztlich geht es dabei um den langfristigen Schutz unserer gemeinsamen Lebensgrundlagen.